

**MICHAEL KLEWER** UND VIER WEITERE  
UNTERNEHMER HATTEN GENUG VON DER  
UNTÄTIGKEIT DER BEHÖRDEN:

# STRAFANZEIGE GEGEN GÜNTHER UND SCHWARZ

**Eine Gruppe Taxiunternehmer hat im Juli einen lange in Erwägung gezogenen Schritt gewagt und Strafanzeige gegen Verkehrsministerin Regine Günther (Bündnis 90/Die Grünen) und Günther Schwarz, den Gruppenleiter Personenbeförderung beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO), erstattet (Aktenzeichen: 246 Js 518/21). Taxi Times sprach mit Michael Klewer, einem der Unternehmer, die Strafanzeige gestellt haben.**

**TAXI TIMES:** Herr Klewer, wie kam es zu dem Entschluss zur Anzeige?

**Michael Klewer:** Dass das Taxigewerbe in existentiellen Schwierigkeiten steckt, weiß ja jeder, und Corona hat es zwar noch schlimmer gemacht, aber den Hauptgrund gab es schon vorher: die Untätigkeit der Behörden gegenüber der Mietwagenplage. Man kann ja seit Jahren zuschauen, wie das Problem immer schlimmer wird und wie die Behörden nichts und wieder nichts machen. Ich sehe abends inzwischen mehr Uber- und Free-Now-Autos als Taxen. Darüber wird geredet und geredet, aber irgendwann merkt man, dass Worte nicht mehr reichen.

**Sie sind ja Mitglied in der „Innung“ und waren sogar mal im Vorstand. Erreicht man als Verband nichts?**

Absolut gar nichts. Das, was heute im Mietwagenbereich läuft, kennen wir ja von früher ähnlich im Taxenbereich. Schon damals wurde auf nichts reagiert. Auf die Missstände haben doch Vertreter aller Gewerbevertretungen immer und immer wieder hingewiesen, sowohl damals als auch heute bei den Mietwagen. Es gab Demonstrationen „gegen den Wildwest von Uber & Co.“, aber Frau Günther hat

sich nicht blicken lassen, sie ignoriert einfach alles. Sie hat ja nicht mal zu Verhandlungen über die Laderechte am Flughafen die Verbände an den Tisch geholt. Ich habe das Gefühl, unsere Probleme sind ihr und Herrn Streese einfach nur lästig.

**Haben Sie schon mal an das LABO oder an Frau Günther geschrieben?**

Einmal? Ein Kollege aus unserer Gruppe, der mitzählt, hat in den letzten zwei Jahren ziemlich genau 600 mal schriftlich beim LABO auf Verstöße von Mietwagenfahrern hingewiesen, und von einem anderen Kollegen weiß ich, dass er auch kurz vor der 600er-Marke ist. Das heißt, schon die zwei haben an die 1.200 Fälle dokumentiert und an das LABO gemeldet,

**«Laut Gerichtsurteil sind erwiesene Verstöße gegen die Rückkehrpflicht in erheblicher Anzahl ein Grund, Konzessionen zu entziehen.»**

und es gibt sicherlich etliche weitere Kollegen, ich schätze mehrere hundert, die das ebenso fleißig taten und zum Teil vielleicht sogar noch tun. Es liegen also seit Jahren Hunderte, höchstwahrscheinlich sogar Tausende von Meldungen vor. Es gibt ein Gerichtsurteil aus Nordrhein-Westfalen, nach dem erwiesene Verstöße gegen die Rückkehrpflicht in erheblicher Anzahl ein hinreichender Grund sind, Konzessionen zu entziehen.

**Was passiert in Berlin nach so einer Meldung?**

In der Regel kommt nicht mehr als eine Eingangsbestätigung. Und wenn das LABO mal ausnahmsweise etwas unternimmt,

gibt es die Firmen meist schon gar nicht mehr. Wir alle kennen ja die berühmten 20-Monats-GmbHs. Inzwischen sind sie dazu übergegangen, wenn die Behörden ihnen auf die Pelle rücken, dass die Firma dann schnell nach Polen, Ungarn oder Bulgarien verkauft wird.

**Welchen Tatbestand werfen Sie Frau Günther und Herrn Schwarz vor?**

Beihilfe zur Steuerhinterziehung und zum Sozialabgabenbetrug. Unserer Meinung nach begünstigen sie mit ihrer Untätigkeit die Schwarzarbeit. Wir haben es ja beim Mietwagen Gewerbe mit einem immensen Ausmaß an organisierter Kriminalität zu tun, die auch das LABO sieht – aber sie tun einfach nichts. Es wird heruntergespielt, es wird bagatellisiert, es werden keine Informationen herausgegeben ... Mich würde mal brennend interessieren, wie viele der Mietwagenbetriebe, die in den letzten zwei, drei, vier Jahren Konzessionen beantragt haben, heute noch existieren. Wenn wir darüber Zahlen hätten, würde das ganze Desaster auf dem Tisch liegen. Aber deshalb bekommt man diese Zahlen ja nicht.

**Das Hauptproblem sehen Sie also beim LABO?**

Die Funktion, die Herr Ritter in Hamburg hat, hat in Berlin Herr Schwarz inne. Ich weiß nicht, warum die beiden das Problem so unterschiedlich behandeln, aber sie tun es. Ich kann Ihnen die Geschichte eines Unternehmers erzählen, ein bekannter Uber-Partner. Der wollte letztes Jahr nach Hamburg expandieren und da mal eben 100 B-Klassen mit schicker Free-Now-Türwerbung als Mietwagen anmelden. Herr



**«Was ich in meinem Umfeld immer wieder höre: Viele Kollegen haben das Taxigewerbe inzwischen resigniert verlassen. Was aber noch viel schlimmer ist: Sie haben aufgrund unserer Situation den Glauben an unseren Rechtsstaat verloren.»**

Ritter hat ihm dann die Voraussetzungen genannt und was er dafür darzulegen hätte – woraufhin der die 100 Anträge zurückzog. Dann ist er zurück nach Berlin, und Herr Ritter hat das LABO angeschrieben und gewarnt, dass die betreffende GmbH es sicherlich in Berlin versuchen werde. Raten Sie mal, wo die 100 B-Klassen jetzt trotzdem als Mietwagen unterwegs sind! Anderes Beispiel: Ein Kollege hat 2018 beim LABO Bescheid gesagt, dass in Nürnberg Unternehmerscheine verkauft wurden, auch an Berliner Unternehmer. Das haben die ihm nicht geglaubt und wollten nichts davon wissen, bis sie es nach ein paar Wochen schwarz auf Weiß aus Nürnberg hatten. Da mussten sie zugeben, dass er Recht hatte.

Also Herr Schwarz hat genug Leute, um Ausnahmegenehmigungen zu verteilen, zu wenige, um sie zu widerrufen, und anscheinend überhaupt keine, um sich um die offensichtliche Kriminalität zu kümmern.

#### **Also eine Art Geschäftsschädigung des Taxigewerbes durch Unterlassen?**

Das LABO sollte sich Herrn Ritter zum Vorbild nehmen. Der genehmigt den antragstellenden Mietwagenunternehmern bei Erstkonzessionierung erst mal nur drei oder fünf Autos für eine Probezeit. Wenn der Betrieb sich als seriös erweist, kann

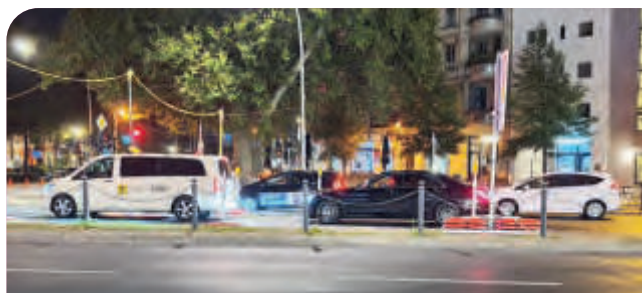
man über mehr reden. Vor allem aber müsste das LABO so wie in Hamburg die Betriebssitze kontrollieren: Haben die so viele Stellplätze wie Autos, haben die Aufenthaltsräume, Toiletten usw., und haben sie eine plausible Kalkulation, um das Geschäft wirtschaftlich zu betreiben? Damit wäre das Problem schnell angepackt, denn wie wir wissen, können Uber- und Free-Now-Partner gar nicht wirtschaftlich arbeiten, ohne die Gesetze mit Füßen zu treten.

#### **Können Sie das vor Gericht mit Zahlen belegen?**

Es ist ja eine einfache Rechnung: Ein Taxiunternehmer zahlt 7 Prozent Mehrwertsteuer und ungefähr 3 Prozent Vermittlungsprovision, macht zusammen 10 Prozent. Unter dem Strich kann er froh sein, wenn er 10 Prozent Gewinn macht; realistisch sind eher knapp über 5. Beim Mietwagen ist es so, dass zu den 19 Prozent Mehrwertsteuer 25 bis 30 Prozent Vermittlungsprovision kommen, und die Fahrpreise sind oft niedriger als beim Taxi, Personal- und Fahrzeugkosten aber ähnlich. Damit kann man logischerweise legal keinen Gewinn erwirtschaften, es sei denn, man bezahlt die Fahrer auf dem Papier unter Mindestlohn und hinterzieht in erheblichem Maße Steuern. In Wirklichkeit lässt man sie schwarz arbeiten. Wir haben Beweise, dass viele Mietwagenfahrer entweder gar nicht oder als geringfügig Beschäftig-

te angemeldet sind, wissen aber zugleich, dass sie bei 60, 70 Wochenarbeitsstunden 3.000, 4.000 Euro auf die Hand „verdienen“. Wenn denen das Arbeitslosengeld um 120 Euro gekürzt wird, weil sie ihre Zeit nicht mit Fortbildungsmaßnahmen verschwenden, lachen die sich tot.

Wir können uns nicht vorstellen, dass Herr Schwarz das alles nicht weiß. Und dass er es dennoch zulässt und billigend in Kauf nimmt, dass damit das Taxigewerbe weiter und weiter in den Ruin getrieben wird, das dürfen wir nicht länger zulassen. Es ist ja so, dass Wirtschaftskriminelle



Allnächtliches Bild in Berlin: mehr Mietwagen als Taxen

eher mit Deals davonkommen als mit echten Strafen. Man kommt in unserem Land eher für Schwarzfahren in den Knast als für Schwarzarbeit.

Was ich in meinem Umfeld immer wieder höre: Viele Kollegen haben das Taxigewerbe inzwischen resigniert verlassen. Was aber noch viel schlimmer ist: Sie haben aufgrund unserer Situation den Glauben an unseren Rechtsstaat verloren.

Wir sind dennoch zuversichtlich, dass wir mit unserer Strafanzeige Erfolg haben werden, und haben vor, die Vorwürfe noch zu erweitern – um den Verdacht der Strafvereitelung.

Das Gespräch führte Axel Rühle.